



L'Europe se fera dans les crises et elle sera la somme des solutions apportées à ces crises.

Jean Monnet

Inhaltsverzeichnis

Grundsätzliches	1
Europaprogrammatik: Auf dem Weg zur Föderalen Europäischen Republik	4
Begleitung der Aktivitäten der Bundesregierung im Rat der EU?	5
Europäische Grüne Partei	5
Bilaterale und plurilaterale Beziehungen zu anderen EGP-Parteien	8
Kontakt deutsche Delegation im Europäischen Parlament	8
Europapolitische Sprecher*innen	9
Europa-Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung	9
Europazuständige in den Kreisverbänden, Landesverbänden, LAGs/BAGs	9
Workshop „Grüne als Europapartei“	10

Dank für wertvolles Feedback an: Anna Cavazzini, Anton Hofreiter, Björn Stockhausen, Chantal Kopf, Christian Beck, Christoph Fuchs, Emil Streif, Emily Büning, Erik Marquardt, Eva van der Rakt, Greta Tumbrink, Jamila Schäfer, Jenny Paul, Julius Nebel, Kathleen Wabrowetz, Michael Hack, Pegah Edalatian, Philip Alexander Hiersemenzel, Roderick Kefferpütz, Sibille Steffan, Stefan Hochhuth, Stefanie Sifft, Terry Reintke, Thomas Künstler, Tobias Rieth, Tom Gürtler, Torben Wöckner, Uli Kindermann, Ursula Stark Urrestarazu, Ute Michel, Viola Liliane Pohlmann, Vula Tsetsi, die ganze Europadelegation und an alle, die ich vergessen habe.

Für die Koordinierung der Europastrategie im Bundesvorstand ist Sven Giegold, unser Koordinator für Europa und Internationales, zuständig. Sven freut sich über Feedback unter sven.giegold@gruene.de

Grundsätzliches

Noch nie kam es angesichts sich zuspitzender globaler Krisen, verschärften politischen und ökonomischen Wettbewerbs, der Krise des deutschen Geschäftsmodells als globale Exportmaschine sowie internationaler Spannungen so sehr auf Europa an. Ein geeintes Europa auf Basis der europäischen Verträge ist Garant unserer Freiheit und unserer Bürger*innenrechte in einer Zeit, in der Autokrat*innen und Autoritäre in vielen Ländern an Einfluss gewinnen. Gleichzeitig ist die europäische Einigung von innen her bedroht durch eine Mischung europäischer Ambitionslosigkeit, fehlender mittelfristiger Strategiefähigkeit politischer Akteur*innen und instabiler nationaler Regierungen, die selbst unter Einfluss antieuropäischer, meist rechtspopulistischer Kräfte stehen.

Programmatisch steht BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seit langem am klarsten für ein starkes Europa. Regelmäßig bekommen unsere Programme daher von den Pro-Europa-NGOs Bestnoten im Vergleich unter den Parteien, die in Deutschland tatsächlich politische Verantwortung tragen. Denn im Gegensatz zu anderen Parteien sind wir auch bereit, nicht nur schön über Europa zu reden, sondern mehr Souveränität zu teilen und das europäische Budget durch europäische Eigenmittel strukturell zu stärken.

Gleichzeitig befürwortet eine große Mehrheit in Deutschland, grundsätzlich ein stärkeres und handlungsfähigeres Europa. Diese Haltung der Mehrheit sollten wir durch aktive Europakommunikation stärken und politisch für uns nutzen. Wir können entlang der Konfliktachse offene Gesellschaft/transnationale Demokratie versus Abschottung/Renationalisierung punkten. Und zwar in einem Bereich, der gerade unsere potentiellen Wähler*innen fast durchweg eint. Gegenüber der Linkspartei können wir über unser glaubwürdig proeuropäi-

schες Profil genauso punkten wie gegenüber der europäischen Ambitionslosigkeit der Merz-Klingbeil-Koalition. Im Kern vertreten wir längst, was VOLT nur fordert.

Wir haben gerade in den letzten Jahren große Fortschritte in Brüssel durchgesetzt: Den Green Deal mit seinen Regeln für Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft, Biodiversität und Schadstofffreiheit. In der Digitalpolitik den DMA und den DSA sowie die EU-Datenschutzgrundverordnung. Die gemeinsame Finanzmarktkontrolle und -aufsicht und die gemeinsame Geldwäscheaufsicht. Etliche dieser Fortschritte stehen jedoch unter erheblichem politischen Druck oder leiden unter dem verbreiteten europäischen Vollzugsdefizit.

Daher wird das Dringen auf konsequente Rechtsdurchsetzung in der EU zum wichtigsten Verbündeten für eine nachhaltige und faire Regulierung von Märkten. Die Europäische Kommission und Gerichte werden zum wichtigsten Bündnispartner für eine Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft. Dabei haben wir viele Bündnispartner*innen in der Zivilgesellschaft und in Unternehmen, die sich zu recht über die ungleichmäßige Kontrolle von betriebswirtschaftlich kostspieligen EU-Regeln bei internationalen Wettbewerber*innen beschweren.

Europäisches Profil gewinnt man aber nicht durch Feiertageeuropäertum oder Wiederentdecken des Europathemas alle fünf Jahre zu den Europawahlen sondern durch den kontinuierlichen Einsatz für Europa in Fragen, bei denen noch keine breite Zustimmung besteht bzw. die für Deutschland auch mit kurzfristigen Kosten einhergehen. Jetzt angesichts der Bedrohung durch Putins Russland, Chinas zunehmend imperiale Bestrebungen und den einseitigen Liebesentzug der USA besteht die Chance für europäischen Mut auch sehr viele Wähler*innen, Unternehmen und Gewerkschaften wie auch die kritische Zivilgesellschaft zu überzeugen.

Um für europäische Glaubwürdigkeit belohnt zu werden, müssen wir hier nachhaltig politisches Kapital einsetzen. Dazu gehören Themen wie: Die Höhe und eigenständige Finanzierung des EU-Budget, EU-Schulden für Investitionen, eine gemeinsame zukunftsfähige Industriepolitik, die Vollendung

des Binnenmarkts (Kapitalmarktunion, grenzüberschreitendes Arbeiten und Erbringung von Dienstleistungen, vollständig europäische Regulierung und Aufsicht in innovativen Sektoren), Vollendung des Green Deals auf der Höhe der ökologischen Herausforderungen und planetaren Grenzen, Finanzierung und Planung Europäischer Öffentlicher Güter wie Energienetze, Bahn, Grenzsicherung und Verteidigung, Europäische Organisation und Finanzierung einer Europäischen Rüstungsindustrie und letztlich einer Europäischen Armee und internationaler ziviler Krisenintervention und -prävention.

Wir sollten entsprechende Vorschläge immer wieder in die Debatte bringen und gleichzeitig kritisieren, wenn sich unsere politischen Gegner*innen hasenfüßig gegenüber Europas Einigung verhalten. Hier waren wir während der Ampel in Berlin zu leise. Andere proeuropäische Parteifamilien haben in Brüssel mehr Einfluss, aber sie handeln öfter uneuropäisch und haben fragwürdige Mitgliedsparteien in ihren Reihen. Auch in Deutschland setzen Union und in Teilen SPD in zentralen Politikbereichen wie beim Thema Flucht und Migration auf nationale Alleingänge und gefährden damit den europäischen Zusammenhalt sowie schaden unseren Interessen. Christdemokrat*innen und Liberale stimmen auf europäischer Ebene immer wieder mit Rechtsradikalen und Europegegner*innen, auch bei wichtigen Gesetzesprojekten.

Wir haben die Chance, zur glaubwürdigsten Europapartei zu werden, wenn wir das Thema konsequent bearbeiten. Dazu gilt es, die Arbeit der kleinen GroKo in Brüssel eng zu begleiten. Das entscheidet sich vor allem in Berlin. Die Zeiten, in denen in Brüssel unbemerkt und ungestraft durch die deutsche Bundesregierung Politik gegen den Green Deal, soziale Rechte oder einen tatsächlich funktionierenden Binnenmarkt gemacht werden kann, müssen der Vergangenheit angehören.

Unser Auftrag ist nun, die europäischste Opposition in Berlin zu organisieren, die es bisher gab. Das Erreichen dieses Ziels hängt letztlich daran, dass europäische Themen von den Grünen mit dem stärksten Medienzugang – also Fraktions- und Parteivorsitzende – regelmäßig und laut thematisiert werden. Das gilt für große Reden, Pressekonferenzen

zen, Talkshowauftritte und große Interviews.

Eine proeuropäische Grundhaltung ist dabei nicht zu verwechseln mit Kritiklosigkeit gegenüber europäischer Politik. Wo die EU Politik gegen unseren Planeten macht, sozialen Zusammenhalt schwächt oder unnötig bürokratisch für Bürger*innen und Unternehmen ist, werden wir das auch ansprechen und Alternativen aufzeigen. Aber: Schlechte Politik gibt es immer mal wieder auf allen Ebenen unserer Demokratie. Wenn Politik in Deutschland Fehler macht, wendet dies niemand gegen Deutschland, sondern gegen die Regierung. In Europa jedoch wird regelmäßig nicht schlechte Politik kritisiert, sondern die EU. Da machen wir nicht mit, sondern bleiben entschieden proeuropäisch – selbst wenn wir nicht alle Inhalte europäischer Politik gut finden. Vielmehr arbeiten wir dann an Mehrheiten für unsere politischen Alternativen.

Im vergangenen Wahlprogramm haben wir den Einsatz für ein starkes Europa substantiell verankert. Europa tauchte querschnittsartig im Programm auf. Alle Spitzen, insbesondere Robert und Annalena, haben die europäische Einigung immer wieder zum Thema gemacht. So viel Europa war noch nie in einem grünen Bundestagswahlkampf. Die Wahrnehmung von uns Grünen als Europapartei wird jedoch auch in Zukunft in Unterscheidung zu anderen Parteien u.a. daran hängen, auch auf Bundes- und Landesebene in Wahlkämpfen Europa breit sicht- und hörbar zu machen.

Die Ablehnung der Europäischen Einigung durch die AfD aber faktisch auch durch die Linkspartei ist eine Chance in der Auseinandersetzung mit den Rechtsextremen und Linkspopulist*innen. Denn die Mehrheit der Deutschen steht – bei allen Zweifeln – letztlich zur Europäischen Einigung. Gerade deshalb ist so fragwürdig, dass CDU/CSU und FDP im Europaparlament regelmäßig Mehrheiten mit den Rechtsextremen herstellen. Deshalb sollten wir als Brandmauerwächter*innen diese Zusammenarbeit dokumentieren und immer wieder in relevanten Momenten zum politischen Thema machen. Wir sollten uns dabei nichts vormachen: Angesichts des Rechtsrucks in vielen europäischen Ländern wird auch das Pendel europäischer Politik nach rechts schlagen. Immer wieder werden wir daher

erleben, dass die Europäische Einigung zum Schuldigen erklärt wird. Zwar hat es das BSW als Partei eines Nationalismus und Anti-Europa-Populismus von „links“ nicht in den Bundestag geschafft, doch der Raum für wagenknechtartige Europa-Argumente wird in den nächsten Jahren nicht verschwinden.

Wir müssen uns darauf vorbereiten, Europa zu verteidigen, auch dann wenn der Inhalt europäischer Politik konservativer wird. Denn für uns sollte nach über 40 Jahren grüner Politik klar sein: Anspruchsvolle ökologische Politik ist auf europäischer Ebene leichter durchsetzbar als auf nationaler. Bei sozialer Politik kämpfen wir darum, dass es auch so wird. Die Nationalist*innen haben es dabei zunächst leichter, denn sie können auf identitäre Muster durch gemeinsame Geschichte, Kultur und Symbolik zurückgreifen, selbst wenn sie tatsächlich immer in internationalem Austausch geformt wurde. Zu oft hat die plurale Linke wegen des häufigen Missbrauchs nationaler Symbole jede Identitätsstiftung abgelehnt oder zumindest mit ihr gefremdelt. Das ist jedoch ein politischer Fehler. Gerade wegen des geringeren Vorrats an identitätsstiftendem Material sollten Europa und die Weltgemeinschaft eigene Identitätsstiftung und Symbolik betreiben und wir als Partei dazu beitragen.

Für die Umsetzung einer ambitionierten europäischen und internationalen Strategie durch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die Voraussetzungen besser denn je. Mehr Europa war noch nie im bündnisgrünen BuVo: Zwei ehemalige MdEPs, ein ehemaliger MdEP-Mitarbeiter, eine ehemalige europäische Koordinatorin der Partei, zwei Staatssekretär*innen mit Europaerfahrung. Wir haben die Chance, die internationale und europäische Arbeit unserer Partei auf ein neues Level zu bringen.

Maßnahmen

- Regelmäßige mutige proeuropäische Beschlüsse des Bundesvorstands und der Bundespartei für ein Vereintes Europa.
- Im BuVo findet vierteljährlich ein Austausch zu „Grüne als Europapartei“ und zum Stand der Umsetzung dieses Konzepts statt.

- Europäische Symbole werden standardmäßig
– nicht nur während Europawahlkämpfen
– in Räumen der Grünen angebracht. In der Bundesgeschäftsstelle wurde eine Europafahne angebracht. Ebenso auf dem Bundesparteitag und im Saal der Länderräte. Wir werben darum, auch in den Geschäftsstellen und auf Veranstaltungen aller Ebenen Europafahnen anzubringen, wo dies passend erscheint.
- Dokumentation der Zusammenarbeit im Europaparlament zwischen Union, Linken sowie ggf. anderer proeuropäischer Parteien mit den Gegnern Europas an relevanten Punkten durch eine eigene Webseite in Zusammenarbeit mit der Europadelegation. Ebenso Dokumentation europafeindlicher Positionierungen der AfD.

Europaprogrammatik: Auf dem Weg zur Föderalen Europäischen Republik

Die Europafraktion, die BAG Europa samt der angebundenen LAGen sowie die europaengagierten MdBs und Mitarbeiter*innen der Bundestagsfraktion sind das Rückgrat der programmatischen Europaarbeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Auch die Heinrich-Böll-Stiftung hat immer wieder relevante Impulse gegeben. Alle Ressourcen gilt es zu nutzen, um ungelöste Herausforderungen, programmatische Lücken und Widersprüche zu erkennen und zu bearbeiten. Das geschieht – abhängig vom jeweiligen Thema – sehr unterschiedlich. Im Grundsatzprogramm haben wir uns als Leitbild einer „Föderalen Europäischen Republik“ verschrieben. Es steht aus, noch genauer zu beschreiben, was wir darunter verstehen.

In der europaföderalistischen Zivilgesellschaft wie der Europa Union, den Jungen Europäischen Föderalisten, dem Netzwerk Europäische Bewegung, Pulse of Europe und vielen anderen gibt es viel Unterstützung für grüne Ideen und wir Grünen sollten uns in diesen Initiativen engagieren.

Maßnahmen

- Die Europakoordination hat in enger Abstimmung mit allen bereits aktiven Akteuren zu einem Europaworkshop am 17.10.2025 eingeladen, der die programmatischen Lücken und Formelkompromisse, vermeidbare Angriffspunkte und halbgegarbten Positionen des letzten Europawahlprogramms analysieren soll. Daraus sollen dann weitere Aktivitäten der Programmarbeit folgen. Zentrale Richtungsentscheidungen (z.B. Europäische Armee, konkrete Zahlen für die Erhöhung des EU-Haushalts für Gemeinschaftsinvestitionen, europäische Steuern) sollten auf einer BDK beschlossen werden.
- Die Europakoordination hat einen vierteljährlichen Dialog der Bundespartei mit den wichtigsten europaföderalistischen Initiativen begonnen. Die Bundesvorsitzende nimmt einmal im Jahr daran teil.

Begleitung der Aktivitäten der Bundesregierung im Rat der EU

Während der Ampel-Regierung gelangen uns Grünen im Europaparlament und in der Bundesregierung gerade in der Verantwortung des AA, des BMUV und des BMWK große Fortschritte in Brüssel. Außerdem sind Bündnisgrüne in europäischen Institutionen mehr denn je in Verantwortung. Ebenso begleiten Grüne in den deutschen Ministerien die Europapolitik.

Trotz der allmählichen Stärkung von Rechtsextremen und Populist*innen in etlichen Mitgliedsstaaten der EU macht sich Europa auf zu Klimaschutz und Schutz der Biodiversität ebenso wie einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Dieser Prozess ist jedoch fragil. Gerade der Europäische Green Deal steht unter politischem Druck. Das Bundeskanzleramt und das Bundesfinanzministerium haben sich auch schon während der Ampelregierung an Aktivitäten zur Schwächung des Green

Deals beteiligt. Friedrich Merz hat seine kritische Haltung zum Green Deal als eine Form angeblich unnötiger und zurückzuschneidender Bürokratie immer wieder klar gemacht und dazu sogar im Kreise der EVP-Parteichefs eine Initiative zur Schwächung des Green Deals lanciert. Die Europadelegation begleitet diese Aktivitäten intensiv – hinter den Kulissen und öffentlich. Die Bundespartei war dazu früher vergleichsweise ruhig. Nach wie vor läuft deutsche Europapolitik der Bundesregierung in der Mehrzahl der Themenfelder ohne relevante öffentliche Debatte in Deutschland ab.

Der Bundestagsfraktion kommt eine entscheidende Bedeutung zu, um die Positionen der Bundesregierung in den EU-Institutionen kritisch und proeuropäisch zu begleiten.

Maßnahmen

- Die Bundestagsfraktion und die Bundespartei machen die europäische Positionierung der Bundesregierung eigenständig und systematisch nichtöffentlich und öffentlich in Berlin zum politischen Thema. Die Europakoordination baut aktuell dazu ein laufendes Monitoring auf.
- Monatliche europapolitische Planung auf Mitarbeiter*innenebene samt Durchgang durch die wichtigsten laufenden EU-Dossiers und -Ratsformationen.
- Vierteljährliche Europapolitische Planung auf Ebene des Bundesvorstands.
- Regelmäßiger Austausch von Europakoordination, Bundestagsfraktion und Europadelegation.
- Mit dem Netzwerk der Grünen in Verwaltung hat die Europakoordination besprochen, wie wir unsere Europakompetenz vor allem in laufenden Prozessen verbessern können. Ebenso werden wir anregen, sich mit den Brüsseler Kolleg*innen zu vernetzen und auszutauschen.

- Fortsetzung der Kampagne „Rettet den Green Deal“, die bereits 150.000+ Unterschriften mobilisiert hat: <https://go.wemove.eu/rettetdengreendeal>
- Die Europakoordination führt einen regelmäßigen Dialog mit den Umwelt- und Naturschutzverbänden in Brüssel und den Europazuständigen in den deutschen Verbänden.

Europäische Grüne Partei

Die EGP und die Stärkung der grünen Parteienfamilie als eigenständige politische Kraft ist für uns Bündnisgrüne von zentraler strategischer Bedeutung. Daher ist es positiv, dass es der EGP gelungen ist, in mehr Ländern der EU Relevanz zu gewinnen, so dass die Europafraktion nun aus Abgeordneten aus mehr Ländern denn je besteht. Gleichzeitig ist unser Wähler*innenanteil in Europa insgesamt gesunken. Lediglich in Litauen und Lettland regieren wir mit.

Die Aktivitäten der EGP haben jedoch in Deutschland selbst wenig Sichtbarkeit und Relevanz entfaltet. Gleichzeitig kommt den deutschen Grünen in der EGP, was politische Bedeutung, Ressourcenstärke sowie praktisch permanente Regierungsverantwortung auf Bundes- und/oder Landesebene angeht, eine besondere Rolle zu, die politische Sensibilität verlangt. So erfahren politische Positionierungen von uns Bündnisgrünen über die Medien oft Wahrnehmung in den anderen europäischen Staaten, was von unseren Partnerparteien oftmals als hilfreich, manchmal aber auch als schädlich für ihre eigene Stärke wahrgenommen wird. Umgekehrt werden Positionierungen grüner Parteien in Europa in Deutschland nur selten medial wahrgenommen. Gleichzeitig leidet die EGP an einigen schwierigen Mitgliedsparteien, vor allem weil sie in ihren jeweiligen Ländern nur wenig verankert sind.

Vor den Umwelt- und Energieräten organisierte die Europafraktion gemeinsam mit der EGP jahrelang hilfreiche Koordinationsvideokonferenzen der EGP-Minister*innen und der Europafraktion. In Ratsformationen mit nur einzelnen EGP-Minister*innen ergeben solche Gespräche jedoch wenig Sinn.

Denkbar wäre es, diese Konferenzen zu „shadow councils“ weiterzuentwickeln, bei denen Europafraktion, EGP und Mitgliedsparteien ihre gemeinsame Kommunikation zum Anlass der jeweiligen Ratsformationen absprechen. Die „leaders calls“ finden zu politisch wichtigen Momenten statt, leiden jedoch darunter, dass die EGP-Parteien samt ihrer Vorsitzenden in sehr unterschiedlichen Rollen sind.

Die meisten Beschlüsse der EGP werden in Deutschland wenig kommuniziert, weil sie als europäische Kompromisse zu weit von unseren eigenen Beschlüssen entfernt sind. Die EGP-Kampagnenplattform tilt! ist selbst innerhalb der Partei kaum bekannt. Die Vorsitzenden der EGP sind in Deutschland öffentlich unbekannt. Der Austausch auf der Ebene grüner Ratsmitglieder („local councillors network“) verdient auch mehr Aktivität in der EGP und noch mehr Sichtbarkeit und Beteiligung aus Deutschland. Die Europakoordination arbeitet daran aktuell bereits. Anfang Oktober 2025 fand ein erstes durch die EGP organisiertes Treffen grüner Bürgermeister*innen statt, an dem auch Bürgermeister*innen aus Deutschland teilnahmen. Diese Vernetzungsmöglichkeit für kommunale Akteur*innen soll weiter gestärkt werden.

Beim letzten EGP-Kongress wurde ein neues Committee gewählt, das für eine neue Dynamik in der EGP sorgen will. Dieses Committee verdient unsere volle bündnisgrüne Unterstützung. Dazu sollte die Funktion der EGP zu grenzüberschreitenden Kampagnen und zum Austausch zwischen Mitgliedsparteien und Mandatsträger*innen gestärkt werden. Auf den EGP Kongressen sollte weniger wertvolle Zeit für langwierige Formulierungsverhandlungen von Resolutionen verwendet werden, sondern für die Diskussion gemeinsamer Herausforderungen (Transformationspolitik unter Druck, der Rechtsruck in Europa, Umgang mit rechtspopulistischen Attacken...), Planung gemeinsamer Aktivitäten und zum gegenseitigen Austausch genutzt werden. Gerade der gegenseitige Austausch zwischen den Mitgliedsparteien könnte allen Beteiligten helfen. Er könnte entlang von Funktionen in den Parteien (lokale und regionale Mandatsträger*innen und Parteivorstände, Vorsitzende, International Secretaries, Parteien mit Vertretung in den nationalen Parlamenten, Wahlkampfmanager, Social Media

Verantwortliche usw.) als auch thematisch regelmäßig organisiert werden. Naheliegender ist es, bald einen Erfahrungsaustausch zum Grünen Mitregieren zu organisieren, um hier voneinander zu lernen. In all diesen Formaten könnten wir Bündnisgrüne uns gut einbringen und unsere Erfahrungen weitergeben und selbst dazulernen. Ebenso sollte das Committee Formate entwickeln, die den sehr unterschiedlichen Bedürfnissen unterschiedlich verankerter Mitgliedsparteien Rechnung tragen. Nicht alle Angebote der EGP sollten sich an alle Mitglieder gleichermaßen richten. Anbieten würde sich ein besonderer Austausch zwischen Parteien, die in ihren jeweiligen nationalen Parlamenten vertreten sind sowie ggf. der Abgeordneten mit bestimmten Sprecher*innenpositionen.

Die Anbindung von uns Bündnisgrünen in die EGP ist gut organisiert. Wir sind auf allen Ebenen der EGP vertreten, ohne irgendeine Dominanz anzustreben. Im EGP Committee sind wir durch Sibylle Steffan sehr gut vertreten. Die Delegierten werden vom Länderrat für die normalen EGP Kongresse gewählt, für die großen Kongresse auch auf den LDKen. Auch die GJ wählt Delegierte. All diese Delegierten sollten wir zwischen den Kongressen stärker als Europabotschafter*innen in der Partei nutzen. Es gab jedoch Kritik, weil bündnisgrüne Spitzenkandidat*innen und Regierungsmitglieder beim Kongress in Lyon fehlten und auch in der Vergangenheit Anwesenheit auf Ebene der Vorsitzenden schwierig war.

Zuletzt hat unser Ruf in der EGP unter anderem wegen unserer bündnisgrünen Positionen im Gaza-Krieg nach den terroristischen Gräueltaten im Oktober 2023 gelitten. Umso wichtiger ist es, gemeinsame politische Initiativen zu unterstützen, die in der EGP Einigkeit stiften. Dazu gehört z.B. die Bereitschaft, die Fiskalregeln nicht nur für Verteidigungsausgaben, sondern auch für Zukunftsinvestitionen zu lockern. Der EGP Green Leadership Council hat im Juni 2025 auf Vorschlag der deutschen Grünen und des EGP-Committees bereits eine gemeinsame Position zu langfristigen Investitionen und einer Reform der europäischen Schuldenregeln beschlossen. An diesen Beschluss können wir anknüpfen. Ebenso sollten wir unsere Erfolge beim Ausbau der Erneuerbaren Energien gemeinsam mit

anderen EGP-Parteien, die jüngst in ihren nationalen Regierungen waren, präsentieren.

Zu erwägen ist, ob wir erstmals – zumindest seit langer Zeit – ein „statutory event“ der EGP nach Deutschland holen wollen (Congress, Leadership Council, o.ä.). Dies wäre ein schönes Symbol für unsere Europastrategie.

Ebenso zu diskutieren wäre, ob wir in der EGP als größte Mitgliedspartei ein Mentoringprogramm zwischen etablierten und jungen Mitgliedsparteien bzw. Beitrittskandidaten anregen. Das hätte einen doppelten Nutzen: Europäisierung der etablierten Parteien und Capacity Building bei den jungen/kleineren Parteien. Dazu könnte auch ein zielgenaues Job Shadowing in der BGS gehören. In der EGP sollten wir das jedoch nur anregen, wenn wir in der BGS einen Beitrag leisten können.

Maßnahmen

- Regelmäßiger Austausch der Europakoordination mit dem neuen EGP Committee, möglichst jeweils vor den Committee-Sitzungen.
- Die Präsenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Leaders Meetings, EGP-Kongressen und Videokonferenzen wird – wenn irgendwie möglich – auf Vorsitzendenebene sichergestellt. An den „Leaders Meetings“ nimmt der Europakoordinator als regelmäßiger Stellvertreter teil, falls nicht beide Vorsitzenden einen Termin wahrnehmen können.
- Die Europakoordination wird – wie oben angesprochen – speziellere Austauschformate im Rahmen der EGP anregen.
- Die Europakoordination wird gemeinsam mit dem Zuständigen für Kommunalpolitik Heiko Knopf die Stärkung des Local Councillors’ Meetings anregen (z.B. durch online-study-visits und Austausch) und auch zu zukünftigen Majors’ Meetings mobilisieren.
- Auf Vorschlag der Europakoordination hat der EGP Green Leadership Council eine gemeinsame Position zur Finanzierung von Zukunftsinvestitionen beschlossen.
- Die Europakoordination wird ein gemeinsames Webinar zum Ausbau der Erneuerbaren mit verschiedenen (ehemaligen) grünen Minister*innen anregen.
- Die Europakoordination wird mit den neuen Zuständigen der Bundestagsfraktion über die Möglichkeit stärkerer, regelmäßiger Kontakte zu den grünen Fraktionen aus den EGP-Partnerparteien sprechen.
- Die Europakoordination wird innerhalb der EGP einen regelmäßigen Austausch und die Möglichkeit laufender gegenseitiger Erreichbarkeit zwischen den International Secretaries initiieren. Eine Chatgruppe zwischen denen, die die Mehrheit für das neue Committee gesichert haben, existiert bereits.
- Die Europakoordination wird die Europafraktion bzw. EGP bitten, vor den Treffen des Europäischen Rates und der relevanten Minister*innenräte kurze Videokonferenzen zur Koordination gemeinsamer Position einzurichten.
- Die Europakoordination wird die EGP bitten, regelmäßige Infotreffen nur der Parteien zu ermöglichen, die in ihren jeweiligen nationalen Parlamenten vertreten sind.
- Vernetzung und regelmäßiger Austausch der bündnisgrünen Aktiven in der EGP und Einbindung der EGP-Delegierten in der Mailingliste „Europazuständige“, um sie laufend in die Europaarbeit der Partei einzubinden.
- Die Europakoordination wird einen etwa vierteljährlichen, englischsprachigen Newsletter (s.u.) mit Hauptzielgruppe vor allem in den europäischen und internationalen Partner*innen herausgeben, um über bündnisgrüne Erfolge zu informieren wie auch unsere Sichtweise auf international kontroverse Themen darzustellen.

- Die Änderung der Bundessatzung zur Namensänderung des „EGP congress“ und seiner Delegierten muss möglichst bald beschlossen werden, um weitere Verwirrungen nach den Titeländerungen bei den EGP-Veranstaltungen zu vermeiden.

Bilaterale und plurilaterale Beziehungen zu anderen EGP-Parteien

Die Bilanz bilateraler Beziehungen zu anderen grünen Parteien ist gemischt. Es gibt sehr gute Erfahrungen mit den Bodenseekonferenzen zwischen Grünen der deutschsprachigen Ländern. Ebenso erfreut sich der enge Kontakt zwischen Grünen in Sachsen, Tschechien und Polen großer Beliebtheit. Schönes ist auch von den regionalen Kontakten auf beiden Seiten des Rheins in BaWü zu berichten. Gleichzeitig führten von der Europadelegation und der Bundespartei organisierte Begegnungen mit den französischen und englischen Grünen zu wenig konkreten Ergebnissen. Schon wegen des Aufwands sollte der Kontakt zu anderen grünen Parteien vor allem entlang der Grenzregionen gepflegt werden und im Rahmen der EGP. Vor allem jedoch hängen bilaterale und plurilaterale Beziehungen zu anderen grünen Parteien an Engagierten, die sie tragen. Die Europakoordination unterstützt dabei gerne, kann jedoch den organisatorischen und politischen Aufwand nicht tragen.

Eine Ausnahme sollten wir mit den französischen Grünen (EELV) machen. Denn der Erfolg der EGP hängt ganz maßgeblich an dieser Beziehung, die gleichzeitig durch unterschiedliche politische Kulturen oftmals schwierig ist. Das gilt auch für die Europafraktion. Daher ist es gut, dass regelmäßig Delegationen deutscher Bündnisgrüne die Sommertage der französischen Grünen besucht haben – zuletzt im August 2025. Das werden wir fortsetzen.

Darüberhinaus sollten wir für weitere bilaterale intensivere und insbesondere plurilaterale Kontakte eine Offenheit behalten. Gerade im Ostseeraum könnte eine intensivere regionale Vernetzung Sinn

ergeben. Naheliegender wäre auch eine besondere Beziehung zur grünen Partei in der Ukraine. Sollten Parteien in anderen, vor allem europäischen Ländern sich unsere Unterstützung wünschen, sollten wir natürlich weiterhin zur Verfügung stehen.

Unabhängig davon führt die Europakoordination Webinare durch, bei denen die politischen Sichtweisen und Erfahrungen von Grünen aus anderen Ländern zu Wort kommen.

Maßnahmen

- Die Europakoordination hat eine Delegation von Bündnisgrünen zu den Sommertagen der französischen Grünen organisiert. Die Sommertage fanden vom 21.–23. August 2025 in Strasbourg statt.
- Die Europakoordination hat die BAG Europa gebeten, den Kontakt zur Commission Europe von EELV zu intensivieren.
- Kooperationsveranstaltungen mit anderen grünen Parteien – etwa in Form von Webinaren zum Erfahrungsaustausch – könnten interessant sein. Die Europakoordination wird hier einen Testballon starten – zu einem Erfahrungsaustausch „What works against the green backlash?“
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben zur Pride am 28. Juni nach Budapest mobilisiert.

Kontakt deutsche Delegation im Europäischen Parlament

Die Einbindung und Sichtbarkeit der deutschen Delegation im Europaparlament soll umfassend erhöht werden. Grundsätzlich soll die Delegation in allen formellen und informellen Gremien der Bundespartei vertreten sein, die sich auch mit Themen im Bereich der EU-Kommission bzw. des Europarechts befassen. Schon erfolgt ist die Einbindung in Parteirat, G-Kamin, kleinen G-Kamin und den mor-

gendlichen KommunikationsTKs außerdem sind die jeweils zuständigen Abgeordneten in die FachAGen der Bundestagsfraktion eingebunden. Im Bundesvorstand erfolgt die Einbindung in den nichtöffentlichen Teil über die Europakoordination. Auch bei den Koalitionsverhandlungen 2021 und ihrer Vorbereitung war die Europagruppe breit eingebunden. Das streben wir auch in der Zukunft an. Umgekehrt wäre eine stärkere Präsenz der Europagruppe in Berlin mit eigenem Personal wünschenswert.

Maßnahmen

- Regelmäßiger Austausch der Europakoordination und der deutschen Delegation inklusive monatlicher Teilnahme der Europakoordination an einer Sitzung der deutschen Delegation (bereits laufend)
- Gespräch BuVo – Europadelegationsleitung über die effektive Einbindung

Europapolitische Sprecher*innen

Seit einigen Jahren finden monatliche Telefonkonferenzen der europapolitischen Sprecher*innen in Bundestag, Landtagen und der Europadelegation statt – auf Einladung des Vorsitzenden des Europaausschusses Toni Hofreiter (früher die sächsische Europaministerin Katja). Dieser Austausch sollte fortgesetzt werden.

Europa-Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung

Unsere parteinahe Stiftung unterhält ein EU-Büro in Brüssel sowie Länder- bzw. Regionalbüros in Paris (Frankreich, Italien), Warschau (Polen, baltische Staaten), Prag (Tschechien, Slowakei, Ungarn), Thessaloniki (Griechenland), Belgrad (Serbien, Montenegro, Kosovo), Istanbul (Türkei), Kyjiw (Ukraine), Sarajevo (Bosnien und Herzegowina, Republik Nord-Mazedonien), Tbilissi (Region Südkaukasus) und Tirana (Albanien). Die Stiftung arbeitet

in Brüssel verstärkt zu Themen, die die zentralen Bereiche europäischer Integration betreffen. In der Berliner Zentrale wird die Europaarbeit im Bereich Internationale Zusammenarbeit von zwei Regionalreferaten koordiniert (Europäische Union & Nordamerika sowie Ost- & Südosteuropa). Auch der Bereich Inland bearbeitet europapolitische Themen. Der Fachbeirat Europa/Transatlantik berät die Stiftung als ehrenamtliches Gremium bei der Verwirklichung der satzungsgemäßen Aufgaben und der Beschlüsse der Mitgliederversammlung. Seine Mitglieder werden vom Aufsichtsrat für drei Jahre ernannt. Der Austausch zwischen Stiftung, Partei und Fraktionen bezüglich deren Einbindung in die Arbeit der Fachbeiräte Europa/Transatlantik und Globale Kooperation sollte verstetigt werden. Die gemeinsamen Tagungen beider Fachbeiräte sind ein begrüßenswerter Ansatz.

Maßnahmen

- Regelmäßigen Kontakt zur Europaarbeit der Heinrich-Böll-Stiftung pflegen.
- Die Arbeit des Fachbeirats Europa/Transatlantik begleiten.

Europazuständige in den Kreisverbänden, Landesverbänden und LAGs/BAGs

Die Bundespartei hat vor allem zu Zeiten von Jami-la als Europabeauftragte ein Netzwerk von Europazuständigen in den KVs aufgebaut. Es existiert daher noch eine Mailingliste dieser Europazuständigen. Besonders in Sachsen ist das Netzwerk von Europazuständigen besonders dicht und kommuniziert regelmäßig miteinander. Jedoch auch dort besteht immer wieder Unklarheit über die Aufgaben der Europazuständigen. Auch im dortigen Landesvorstand gibt es eine “Europäische und Internationale Koordinatorin”.

Die Mailingliste der Europabeauftragten wird von der Europakoordination reaktiviert. Die von den Landesverbänden gewählten Delegiert*innen zum extended congress der EGP werden hier hinzugefügt. Diese Mailingliste wird in Zukunft zur Mobilisierung in Europafragen genutzt. Auch sollen die Europazuständigen möglichst Zugang zu relevanten Informationsprodukten aus der Europafraktion/-delegation bekommen (z.B. Wochenvorschau und Wochennachberichte aus Brüssel und Straßburg). Regelmäßige, etwa vierteljährliche kurze Videokonferenzen sollen den Zusammenhalt stärken. Großartig wäre auch die Europazuständigen aus den KVs etwa alle zwei Jahre zu einem Bootcamp nach Brüssel einzuladen, um die EU-Institutionen und unsere Europaabgeordneten kennenzulernen und Erwartung der grünen KVs vor Ort in die Europadelegation zu tragen.

Systematisch wird die Europakoordination um die Erweiterung der Liste der Europazuständigen werben – vor Ort aber auch in Landesvorständen und in LAGs und BAGs.

Die Europazuständigen können regelmäßig auf die bündnisgrüne Beteiligung an dezentralen europäischen Aktionstagen hinwirken, z.B. letscleanurope.de, European Sustainable Development Week, European Week of Waste Reduction, European Mobility Week, usw. Ebenso können wir sichtbar machen, wo sich Grüne an kommunalen Bündnissen wie ICLEI, eumayors.eu, klimabuendnis.org beteiligen.

Maßnahmen

- Mailingliste der Europazuständigen wird reaktiviert und um EGP-Delegierte und Teilnehmende der Europaparteiworkshops erweitert. Die Mailingliste wird mit regelmäßigen Angeboten angereichert (etwa Vor- und Nachberichte aus dem Europaparlament,) und Videokonferenzen der Europazuständigen angeboten.

- Europazuständige in Kreisverbänden und Landesverbänden werden im Grünen Netz sichtbar gemacht.

Workshop „Grüne als Europapartei“

Seit etlichen Jahren organisiert die Europadelegation mit der Europakoordination und der BAG Europa einen mitgliederöffentlichen, ebenenübergreifenden Workshop „Grüne als Europapartei“. Diese schöne Kultur wird mit dem Europaworkshop am 17.10.2025 fortgesetzt. Insbesondere die Europazuständigen aus den KVen und Ländern wurden vermehrt für den Europaworkshop gewonnen. Dabei bleibt der partizipative Charakter des Workshops erhalten. Zudem sollten in Zukunft Verantwortungsträger*innen der EGP zu den Workshops eingeladen und ggf. in das Programm einbezogen werden.

Maßnahmen

- Die Europakoordination hat einen mitgliederöffentlichen, ebenenübergreifenden Europaworkshop organisiert.
- Die Europakoordination wird die Dokumentation der vergangenen Europaworkshops sammeln und auswerten.